Reform hält 114 Gemeinden in

Abstimmungen erst am Schluss

Emotionale Diskussion an der Universität Graz.

GRAZ. „Wir haben kein Problem mit zu wenig direkter Demokratie, sondern vielmehr eines mit fehlendem Mut der Regierungen", lautete die Antwort von LH-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer auf eine entsprechende Frage des Politikwissenschaftlers Peter Filzmaier. Jetzt sei nicht die Zeit, die Bevölkerung zu befragen, das könne am Ende des Reformprozesses stehen, wenn man über konkrete Ergebnisse abstimmen könne, fand auch Landeshauptmann Franz Voves, derzeit sei „mehr Mut zu regieren" gefragt. Und der Präsident der Industriellenvereinigung, Jochen Pildner-Steinburg, hoffte, die steirische Politik bleibe beim eingeschlagenen Weg, denn das Zeitfenster für Reformen sei nur eine begrenzte Zeit offen. Emotional wurde die Diskussion an der Uni Graz, als es um den Einfluss der Boulevardmedien und deren Finanzierung durch die öffentlichen Hände ging: Durch das schlechtgemachte Image der Politiker sei es immer schwieriger, geeignete Personen zum Einstieg in die Politik zu bewegen, so das Urteil.

Erster Zwischenbericht zur Reform: 114 Gemeinden wälzen Pläne, 59 wollen eigenständig bleiben. Nun tritt das Land in Verhandlungen ein, man gibt sich acht Monate Zeit.

CLAUS ALBERTANI, THOMAS ROSSACHER

Die erste Etappe in Richtung Gemeindefusionen ist fast geschafft: 305 von 542 Gemeinden haben sich in der Vorschlagsphase beim Land gemeldet, 59 den Reformpartnern einen Korb gegeben, 114 unterschiedlich konkrete Pläne gemeldet und 132 Informationen eingeholt. Diese Kennzahlen und das druckfrische Leitbild zur Reform stellten Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) und Vize Hermann Schützenhöfer (ÖVP) am Montag in der Grazer Burg vor.

Flankiert von Bernd Rosenberger (Städtebund, SP) und Erwin Dirnberger (Gemeindebund, VP) wurden Motive („stärkere Gemeinden"), Kriterien (siehe Info) und nächste Schritte („Nach der Energiewoche wird verhandelt") dargelegt. Heikle Themen wie Zwangsfusionen oder die Eingemeindung Grazer Nachbarorte ließ die Landesspitze bewusst aus. Eine Volksbefragung, wie sie von Rosenberger vor jeder endgültigen Fusion gefordert wird, kommt im 40-seitigen Leitfaden des Landes nicht vor.

Voves schwärmt von einer „sehr positiven ersten Phase". Die FPÖ sieht die Reform indes „im Ansatz gescheitert". Tatsache ist: Von den 114 Gemeinden mit klaren Vorstellungen sind 44 bereits in Abstimmungsgesprächen mit dem Land und 32 haben gemeinsame Vorstellungen deponiert. 38 Gemeinden sind mit Einzelvorschlägen gekommen.

Mit ihnen (und anderen) wird die Politik und Verwaltung in einer ersten Runde bis Sommer und in einer weiteren in den September hinein verhandeln. Logische Gesprächspartner sind die 302 Gemeinden mit einem prognostizierten Bevölkerungsrückgang, die 225 Gemeinden mit Geldproblemen sowie die „Zentral-Orte". Also jene mit Apotheke, Bank, Schulen etc., die laut Voves und Schützenhöfer ab 2015 eine größere Rolle spielen sollen: die eines „regionalen Gemeindezentrums".

Wer alles „fit für die nächsten 50, 60 Jahre" (Schützenhöfer) gemacht wird, das wollen die Reformpartner bis Ende Jänner 2013 entscheiden. Die eigentlichen Fusionen sollen mit 1. Jänner 2015 erfolgen, die neuen Gemeinderäte würden dann programmgemäß im Frühjahr 2015 gewählt. In Graz wäre es 2018 so weit.

Fraglich ist, ob vertiefte Gemeindekooperationen oder Verwaltungsverbände die geplanten Fusionen ersetzen können. Der Gemeindebund drängt, diese Variante seriös zu prüfen. Im Leitbild sind zu dem Punkt vier Chancen („allseits anerkannt"), aber gleich elf Risiken („unverbindlich, hoher Abstimmungsbedarf") aufgelistet.

DIE KRITERIEN

Rolle in der Region: Wer Apotheke, Bank, Kirche, Schule etc. im Ort hat, ist ein „Zentral-Ort" und kommt als neues „regionales Gemeindezentrum" infrage.

Finanzen: Schulden sowie Einnahmen der Gemeinden spielen bei Fusionen eine wichtige Rolle.

Bevölkerung: Aktuelle Einwohnerzahlen und Geburtentrends sind weitere Faktoren.

Infrastruktur: Land prüft Besitz und Erhaltungsaufwand.

> *„Nicht ohne die Einbindung der Bevölkerung"*
>
> **Bernd Rosenberger**, SP-Bürgermeister, drängt auf Volksbefragung vor Fusion.

Reformpartnerschaft
Alles zur Strukturreform
kleinezeitung.at/strukturreform

Atem

Spannende Diskussion: Medienberater Peter Plaikner, Jochen Pildner-Steinburg, Peter Filzmaier, Franz Voves, Hermann Schützenhöfer, Kleine-Redakteurin Eva Weissenberger HOFFMANN

Bad hall

Kurort m
Millione

GRAZ. Ein vertrau
bahnt sich auf F
an. Sofern die G
men, wird die T
on FH Joanneum
nen Euro von Ba
etwa die Hälfte
des erwerben. D
Einwohner) mus
gend die Finanze
allem deshalb, m
meindeaufsicht i
der Abgang dur
Fachhochschule
dentlich belastet
Hintergrund: A
Regional- und
sind die Gesu
auch in Gleiche